

# Beilage zur „Solidarität“.

Nr. 19.

Berlin, den 30. September 1900.

6. Jahrgang.

## Die Streiks in Deutschland im Jahre 1899.

Seit dem Jahre 1891 wird seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Statistik über die Streiks und Aussperrungen, welche in Deutschland vorkommen, geführt. Das Material für diese Statistik wird durch Umfragen bei den Vorständen der gewerkschaftlichen Zentralverbände beschafft. Da in einer ganzen Anzahl Organisationen Aufzeichnungen über die Einzelheiten der Streiks nicht gemacht wurden, so war die Statistik in den ersten Jahren der Aufnahme nicht ganz vollständig. In den letzten Jahren haben die Gewerkschaftsvorstände aber sämtlich alle für die Statistik bemerkenswerten Einzelheiten über die Streiks verzeichnet, so daß die Statistik alle Streiks welche vorgekommen sind, mit Ausnahme derjenigen, an welchen organisierte Arbeiter nicht beteiligt waren, enthält. Seit dem 1. Januar 1900 ist eine weitere Verbesserung der Aufnahme der Statistik insofern erfolgt, als diese in allen zentralisierten Gewerkschaften nach einem einheitlichen Schema fortlaufend geführt wird.

Bis zum Jahre 1899 bot die Statistik der Generalkommission das einzige zuverlässige Material über die Streiks. Seit dem 1. Januar 1899 wird aber auch eine amtliche Statistik seitens der Reichsverwaltung aufgenommen. Bei dieser amtlichen Aufnahme scheint zwar der ganzen Anlage nach die kriminalrechtliche Seite der Statistik vor die volkswirtschaftliche gestellt zu werden, doch bietet sie, oder sollte wenigstens bieten, ein vollständigeres Bild als die Gewerkschaftsstatistik. Eine Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik ist noch nicht erfolgt, doch ist vierteljährlich ein Auszug aus den Ergebnissen der Aufnahme veröffentlicht worden. Voraussichtlich wird die Jahreszusammenstellung nicht eine einfache Summierung der vierteljährlich veröffentlichten Ziffern sein, sondern es dürften noch wesentliche Berichtigungen, besonders bezüglich der in der amtlichen Statistik unvermeidlichen Doppelsählungen erfolgen. Die Reichsstatistik zählt nämlich die Streiks nach Verwaltungsbezirken, so daß ein Streik, der sich über zwei bis drei Bezirke erstreckt (z. B. Berlin und Vororte) zwei bis drei Mal gezählt ist. Bei gleicher Teilnehmerzahl ist also die amtliche Zahl der Streiks größer, was allerdings dadurch ausgeglichen wird, daß auch die Gewerkschaftsstatistik doppelte Streikziffern bei Beteiligung mehrerer Organisationen (besonders im Baugewerbe) nicht ausschließt. Dem gegenüber zählt die Reichsstatistik einen Streik, der Betriebe verschiedener Branchen und Industrie-Gruppen betrifft, als ebenso viele Einzelstreiks. Wenn z. B. ein Tischlerstreik die Möbel-, Bau-, Modell-, Parkett-, Apparaten- und sonstige Branchen umfaßt, so wird für jede Branche ein selbstständiger Streik gezählt, während die Gewerkschaftsstatistik, sofern alle diese Berufe derselben Organisation angehören, diesen Streik als einheitlichen aufzählt. Ob in der Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik sich diese Fehler vollständig werden beseitigen lassen, ist fraglich. Für einen vorläufigen Vergleich mit den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik sind wir auf eine Summierung der vierteljährlichen Veröffentlichungen der Ergebnisse der amtlichen Aufnahme angewiesen.

Diese ergibt an Streiks und Aussperrungen 1898 mit 106001 beteiligten Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 6204 Beteiligten).

Die Gewerkschaftsstatistik weist für 1899 976 Streiks und Aussperrungen mit 100 797 beteiligten Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 11 815 Beteiligten) aus.

In der Gewerkschaftsstatistik fehlen die Streiks der Bauarbeiter (Hilfsarbeiter) und der Tapezierer. Wenn in der amtlichen Statistik die Doppelsählungen, welche aus den angegebenen Gründen entstehen müssen, ausgeschlossen werden, so dürften die Ergebnisse der beiden Statistiken sich ziemlich nahe kommen. Ein Beweis dafür daß die Gewerkschaftsstatistik zuverlässiges Material bietet, wie auch dafür, daß nur wenige Streiks vorkommen, von welchen die Gewerkschaftsvorstände keine Kenntnis erhalten.

In der Gewerkschaftsstatistik ist stets eine Gruppierung der Streiks nach Angriff- und Abwehrstreiks erfolgt. Es ist dies ursprünglich in der Absicht geschehen, um den Nachweis zu führen, in wie

zahlreichen Fällen die Unternehmer die Verantwortung dafür tragen, daß die Arbeiter zum Streik gezwungen müssen, um einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzubeugen und daß die Zahl dieser Streiks nicht geringer ist als die, bei welchen die Arbeiter zum Angriff übergehen. Aus dieser Gruppierung hat sich jedoch im Lauf der Jahre ein interessantes Material ergeben. Es geht aus diesem hervor, daß in der Periode ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur die Unternehmer sofort bestraft sind, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern, kurz den eintretenden Ausfall am Profit durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszugleichen, den Verlust auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen.

Zu der nachstehenden Tabelle, welche die Zahl, Dauer und Kosten der Streiks von 1890 bis 1899 enthält, ist auch angegeben, wie viel Prozent der Streiks Angriff resp. Abwehrstreiks waren.

Jahr	Anzahl der Gewerbe, in denen Streiks vorkamen	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesamter Ausgabebetrag	Von den Streiks waren in Prozenten:	
						Angriffstreiks	Abwehrstreiks
1890/91	27	226	38536	1348	2 064 922	65,0	35,0
1892	21	73	3022	507	84 638	27,4	72,6
1893	26	116	9356	568	172 001	32,0	68,0
1894	27	131	7328	879	354 297	29,0	69,5
1895	29	204	14032	1030	424 231	49,0	46,0
1896	40	483	128808	1923	3 042 950	68,7	31,3
1897	37	578	63119	1921	1 257 298	57,1	42,9
1898	44	985	60162	4848	1 345 302	46,7	53,3
1899	40	976	100779	3976	2 627 119	55,5	44,5
Summe		1772	425142	17000	11 402 758	53,8	46,4

In den ungünstigen Wirtschaftsjahren 1892 bis 94 sind die meisten Streiks zur Abwehr geführt. Die Arbeiter sind genötigt, ihre Position zu verteidigen. Mit vollem Recht greifen sie daher beim Eintritt der wirtschaftlich günstigen Periode zur Arbeitseinstellung, um das Verlorene wieder zu gewinnen oder sich einen Anteil an dem den Unternehmern zuzuflickenden Mehrgewinn zu sichern. Angesichts dieser aus der Statistik sich ergebenden Thatsachen ist es sehr angedrungen, den Arbeitern den Vorwurf zu machen, daß sie während der günstigen Konjunktur streifen, anstatt den „Nationalwohlstand“ durch gesteigerte Thätigkeit zu vermehren. Die Arbeiter wissen aber, daß sie an dem sogenannten „Nationalvermögen“ keinen Anteil haben, und daß dessen Erhöhung nichts Anderes bedeutet, als Vermehrung des Reichthums der besitzenden Klasse. Sie sind deshalb der Meinung, daß für sie keine Ursache vorliegt, bei lächerlichem Lohne weiter zu vegetieren, während durch ihre Arbeit der Reichthum des besitzenden Theiles des Volkes vermehrt wird. Wenn die Unternehmer nicht geneigt sind, ohne daß es einer Aufforderung bedarf, von ihrem steigenden Gewinn den Arbeitern etwas in Form einer Lohnerhöhung abzugeben, so sollten sie es wenigstens thun, wenn die Arbeiter mit einer solchen Forderung an sie herantreten. In ausreichendem Maße ist nachgewiesen, daß die Arbeiter nie zum Streik greifen, ohne mit dem Unternehmer eine Verständigung über die gestellten Forderungen zu versuchen. Wie die Unternehmer solchen Verzicht der Verständigung beantworten, zeigt die eben beendete Aussperrung der Werftarbeiter in Damburg.

Von der Regel, daß in der günstigen Wirtschaftskonjunktur die Zahl der Angriffstreiks überwiegt, machte das Jahr 1898 eine Ausnahme. Während in den vorhergehenden Jahren günstiger Konjunktur und auch 1899 nur 31 bis 46 pSt. der Streiks Abwehrstreiks waren, weist das Jahr 1898 53 pSt. solcher Streiks auf. Es ist dies ein Ergebnis der Juchtausgleichstimmung des Unternehmertums. War ihm doch verheißend, daß die Anreizung zum Streik mit Juchthaus bestraft werden sollte, hatte doch der Staatssekretär des Innern in einem geheimen Rundschreiben Schutz vor den „Streitvereinen“ der Arbeiter zugesagt. Was lag näher, als daß die Unternehmer nun ihrerseits sich zu Staatsretterischen

In diesen Jahren ist nicht von allen Gewerkschaften eine genaue Bezeichnung der Streiks erfolgt. Das Prozentverhältnis ist nach der Gesamtzahl der Streiks berechnet.

Thaten berufen fühlten und den Arbeitern zeigen wollten, was ihnen unter dem Juchthaus Alles geboten werden könne. Das Jahr 1898 weist nicht weniger als 229 Aussperrungen und solche Streiks auf, welche wegen Mäßregelung und der Forderung entstanden, daß die Arbeiter aus den Gewerkschaften austreten sollten. Nachdem jedoch eine unverhältnismäßig hohe Zahl, nämlich 57 pSt. der Abwehrstreiks erfolgreich für die Arbeiter endeten, merkten die Unternehmer, daß die Arbeiter durch die Drohung, ins Juchthaus gesteckt zu werden, nicht müde gemacht waren, und für 1899 sind nur 151 Aussperrungen und Streiks zu verzeichnen, welche aus den genannten Ursachen entstanden.

Für die Arbeiter ist der Ausgang, welchen die Streiks in den einzelnen Jahren genommen haben, überaus lehrreich. In der folgenden Tabelle sind die Resultate der Streiks in Prozenten angegeben.

Jahr	Resultat der Streiks in Prozenten							
	Angriffstreiks			Abwehrstreiks				
	Erfolgreich	Theilweise erfolgreich	Erfolgslos	Unbekannt	Erfolgreich	Theilweise erfolgreich	Erfolgslos	Unbekannt
1890-1891	36,7	40,2	20,4	2,7	16,5	37,9	31,6	14,0
1892	30,0	30,0	40,0	—	35,8	17,0	45,3	1,9
1893	48,7	29,7	21,7	—	41,8	17,8	37,9	2,5
1894	31,6	39,5	28,9	—	26,3	24,2	44,0	5,5
1895	57,0	18,0	25,0	—	32,0	12,7	53,2	2,1
1896	54,2	28,3	14,5	3,0	34,4	18,5	38,4	8,7
1897	53,3	30,6	16,1	—	38,7	18,2	40,7	2,4
1898	50,9	32,7	13,7	2,7	57,0	11,4	29,8	1,8
1899	56,6	25,4	14,0	3,8	50,5	15,3	31,9	2,3

Es sind nicht in allen Jahren genaue Angaben gemacht. Das Prozentverhältnis bei den Resultaten der Streiks ist nach der Anzahl der Streiks berechnet, für welche Angaben gemacht sind.

Es ergibt sich daraus, daß auch während der günstigen Geschäftskonjunktur die Chancen bei den Abwehrstreiks für die Arbeiter nicht günstig sind. Während in den letzten vier Jahren von den Angriffstreiks nur 13 bis 16 pSt. erfolglos endeten, sind von den Abwehrstreiks 29 bis 40 pSt. erfolglos gewesen. Es wird also zum Abwehrstreik mit noch größerer Vorsicht gegriffen werden müssen, als zum Angriffstreik, weil der Angreifer (im ersten Falle der Unternehmer) in der Regel die günstigere Position inne hat.

## Versammlungen.

### Wachbruder.

Berlin der Berliner Tagelöhner und Schriftsteller.

Versammlung vom 8. September. Unter Vereinsmittheilungen theilte der Vorsitzende mit, daß in den letzten Wochen eine sehr große Conditio-losigkeit herrschte, es waren über 400 Kollegen ohne Arbeit; doch habe sich dies Verhältniß in den letzten Tagen erheblich gebessert. Ferner wußte der Vorsitzende die Maschinenmeister-Kollegen, das Arbeiterbundes-Ausschuss, soweit als möglich, abzuschaffen, um den Kollegen, die auf der Straße liegen, Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Es dürfte nicht vorzukommen, daß ein Maschinenmeister 36 Stunden hinter einander arbeitet und obenbrein dann noch den Vorstand fragt, wie er die Pausen einrichten soll. — Am 21. Oktober finden die Wahlen zur Christenbrüder-Kasse statt und im November wird die General-Versammlung derselben stattfinden. Kollegen, die als Delegierte fungieren wollen, wollen dies innerhalb 8 Tagen dem Vorsitzenden schriftlich mittheilen. — Am 13. Oktober treten die Bauvorsitzer und Tarifvertreter Deutschlands zu einer Konferenz in Berlin zusammen. In Ehren derselben findet an demselben Tage Abends ein Comers auf der Bodbrauerei statt. — Hieran wurde die bekannte Angelegenheit der Maschinenmeister von H. S. D. nochmals angeschnitten, aber durch Uebergang zur Tages-Ordnung erledigt. Nochmals kam die Ueberstundenfrage zur Erörterung und wurden viele Vorschläge zur Beseitigung derselben gemacht. Die Debatte dauerte mehrere Stunden. — In der Angelegenheit Graumann beschloß die Versammlung, daß der Vorstand bei der Central-Invalidentasse in Liquid. in Stuttgart befristet sein soll, daß derselbe sein Invalidentgeld (waise seine Familie) weiter erhalte und von demselben wöchentlich 1 Mk. in Abzug gebracht

werden solle, bis die fehlenden 300 Mf. gedeckt sind. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden verlegt. — Schluß 12 1/2 Uhr. — m. —

### Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

**Satz 2.** Versammlungsbericht vom 8. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zu den drei Königen“, Kleine Ulrichstraße 88. Frau V. Thiede-Berlin sprach über das Thema: „Warum müssen sich die in Buchdruckerereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen organisieren?“ Referentin gab zunächst eine Erläuterung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Städten Berlin, Hamburg und Leipzig, aus welcher hervorging, daß daselbst die Löhne fast das Doppelte, ja sogar noch mehr betragen, als die hierigen in der erwähnten Branche; hierzu gab Referentin eine sehr scharfe Erläuterung, wie die oben erwähnten Lohnverhältnisse erreicht wurden, aus welcher hervorging, daß dies einzig und allein nur den in den genannten Städten bestehenden Organisationen zu verdanken sei; auch die Arbeits- und sonstigen hygienischen Verhältnisse sind bedeutend besser als am hiesigen Orte. Insbesondere auf das Vegetarische ging die Referentin näher ein. Auch werden daselbst verschiedene Arbeiten von männlichen Arbeitern verrichtet, welche hier von den Arbeiterinnen gemacht werden. Im Anschluß hieran erläuterte die Referentin noch die Vorzüge und Erfolge im allgemeinen, welcher der Verband genannter Branche, der im Jahre 1898 gegründet und zur Zeit 14 Zahlstellen mit 1500 Mitgliedern zählt, errungen hat, wobei sich recht erhellende Thatsachen erwiesen. Ein sehr reiches Beifall wurde der Referentin gezollt. Hierauf fand eine Diskussion statt, in welcher auch zur Sprache kam, daß hier zu wohl eine eigentliche Branchenorganisation nicht am Platze sei, weil doch die verschiedenen Hilfsarbeiter oben erwähnter Branche bei Wechsel der Arbeit selber solche Arbeit übernehmen müssen, welche viel eher im Zusammenhang mit dem allgemeinen Fabrikarbeiterverband steht; dieser Mangel wurde aber im weiteren Verlauf sehr bald anders klargelegt und zwar, das oben erwähnte Branchen nicht eine Spezialbranche ist, sondern eine Branchenorganisation. Hierzu erfolgte aus der Mitte der Versammlung eine sehr gute Ausklärung. Ferner noch wurde erwähnter Mangel zum Teil auch dadurch erledigt, daß der Verband einen Branchen-Arbeitsnachweis eingeführt hat. Es sprachen noch verschiedene Redner sich in derselben Weise wie die Referentin dahin aus, daß der von der Referentin empfohlene Verband auch für die hiesigen Buchdruckerarbeiten und Arbeiterinnen von sehr wichtigem Vorteil sein wird, um so mehr, als auch der deutsche Buchdruckerverband seine Mithilfe zugesagt hat. Beweis dafür gab schon die rege Beteiligung des Buchdruckerverbandes in der heutigen Versammlung, sowie deren Verantwortung zur Gründung einer Zahlstelle am hiesigen Orte. Nachdem die Referentin nochmals einen kurzen Überblick über die Verhältnisse genannter Branche im allgemeinen gab, sowie auch den Wunsch ausdrückte, daß die Anwesenden unermüdet agitatorisch wirken sollen, damit sich den jetzt angemeldeten acht Mitglieder Neue anschließen, um dann in einer in kürzester Zeit stattfindenden Versammlung eine Zahlstelle des Verbandes aller in Buchdruckerereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu gründen, erfolgte Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

**Satz 1.** Bericht der Versammlung vom 15. September 1900. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung gelesen und angenommen war, giebt die Vorsitzende bekannt, daß der zweite Punkt: Vortrag und Diskussion leider nicht stattfinden kann, weil der Referent nicht anwesend sei und auch der Vorstand viel zu beschäftigt hat, was die Zeit länger als gewöhnlich in Anspruch nehmen wird. Der Bericht von der Lohnbewegung in der Offizin Volten ist sehr zufriedenstellend, da die Firma die gestellten Forderungen ausnahmslos bewilligte. In den Druckerereien von Eisner und Ullstein sind die Arbeiten betreffs der Forderungen auch im Gange, doch fürchtet die Vorsitzende, daß es in diesen Druckerereien schwere Kämpfe geben wird, die Forderungen durchzubringen und es sehr wahrscheinlich ist, daß es dort zum Ausstand kommt. Bei Pöhl & Garbe wurde die dortige Vertrauensperson, Kollegin Mühschat, entlassen, was die Kolleginnen als eine Mißregelung anfaßen und demzufolge bei der Geschäftsleitung vorstellig wurden, dort aber, weil der Entlassungsgrund in der Arbeit der dortigen Kollegin gefunden wurde, lautet der Bescheid ablehnend und erst nach langem Verhandeln wurde er dahin erweitert, daß in ca. 4 Wochen der WiederEinstellung der Kollegin N. nichts im Wege stünde und geben sich die Kolleginnen damit zufrieden. Es kamen noch verschiedene Klagen aus selbiger Offizin zur Sprache, so sind z. B. Rädchen an Rechner-Maschinen dort beschäftigt und auch die familiären Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig und will der Vorstand in nächster Zeit dort vorgehen, um die Abänderung derartiger Verhältnisse zu fördern. Es folgt der Bericht aus der Offizin Hermann. Die Lohnforderungen sind fast durchweg bewilligt, doch kam es bei der Bewegung zu einem Streit zwischen dem dort beschäftigten Maschinenmeister und dem Hilfspersonal.

Kollegin Heydemann knüpft hieran noch eine Ermahnung an die Mitglieder: Das Autoritätsgefühl des Maschinenmeisters muß unter allen Umständen gewahrt bleiben, das Hilfspersonal soll in ihm den Borgelegten respektieren, doch es muß auch vor allen Dingen von ihm anständige, menschenwürdige Behandlung verlangt, wie sie die soziale Gleichberechtigung unter organisierten Arbeitern fordert. — Unter Verbandsangelegenheiten theilt Kollegin Heydemann mit, daß Kollege Wittig bereit ist, den Posten als Verbandsvorsitzender anzunehmen und wird wahrscheinlich eine öffentliche Versammlung der Berliner Zahlstellen darüber abstimmen. Kollegin Wien findet es nicht statthaft, daß Berlin allein den Centralvorsitzenden wählt, doch läßt Kollege Heydemann das dahin auf, daß der Verbandsvorstand ein hektographirtes Schreiben an alle Zahlstellen hat ergehen lassen, mit dem Vorschlag: den Kollegen Wittig als ersten Vorsitzenden zu wählen, während Kollegin Thiede gewillt ist, das Amt als zweite Vorsitzende zu übernehmen, und weil der Kollege Schulze sein Amt niederlegt, dem bisherige zweiten Vorsitzenden, Kollege Lohdal, diesen Posten zu übertragen. — Kollegin Heydemann macht die Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie während des Buchbinderstreiks etwaige Anträge Buchbinderarbeiten zu verrichten, strikte abzulehnen hätten, und knüpft Kollegin Wien daran die Warnung, vorzüglich gegen etwaige Arbeitswille zu sein, da man den Arbeiter in solchem Fall scharf auf die Finger sehe, und führt Rednerin einen Fall von einer ausländischen Arbeiterin, die zufällig an ihrer Fabrik vorbeigegangen und dabei von einem Schumann verhaftet wurde. Ferner wird noch bekannt gemacht, daß einige neue Zahlstellen (die näheren Angaben befinden sich in der „Solidarität“ vom 15. September) für den Verband gewonnen seien und wünscht die Vorsitzende, daß auch die Mitglieder unter sich Agitation betreiben, um immer mehr Kollegen und Kolleginnen unserer Organisation zuzuführen. Es folgte ein Bericht der Kollegin Wien von den Angelegenheiten unserer Krankenkasse und fordert sie zur regen Beteiligung an den Delegiertenwahlen auf. Nachdem die Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung geschlossen, trat die Fidelity in ihre Rechte und bei Tanz und Vorträgen blieben die Mitglieder und zahlreich erschienenen Gäste in fröhlicher Stimmung bis zum Morgen beisammen. G. S.

**Zahlstelle II, Berlin (Hilfsarbeiter).** Bericht vom 16. September. Nach Beilegung und Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung theilt Kollege Wittig mit, daß sich drei Kollegen krank gemeldet haben. Der Kollege Deyer sollte bei Posten arbeiten und wurde ihm seitens der anderen Kollegen bedeutet, daß er sich etwas zusammen nehmen möge und nicht wieder in seine Fehler verfallen; leider that dies der Kollege doch trotz aller Ermahnungen und wird er dieshalb aus der Organisation ausgeschlossen. Die Kollegen Wieselstedt und Barlog haben ihre Beitragsreste erledigt und sind weiter Mitglieder. — Sodann wird in eine nochmalige Besprechung der Angelegenheit Schulz, Witterabrechnung betreffend, eingetreten und betont, daß eine Arbeiterorganisation sich schwer entwickeln kann, dergleichen Sachen staatsanwaltschaftlich verfolgen zu lassen, man möge diese Angelegenheit niederzulegen, jedoch jede weitere Anteilnahme des Schulz an unserer Organisation als ausgeschlossen betrachten. Mit 47 gegen 40 Stimmen wird trotzdem die Verfolgung beschlossen. (Es soll mittlerweile in America sein. Red.) In mehreren größeren Druckerereien sind unsere Lohnforderungen durchgebrochen; einige ebenfalls in Betracht kommende Druckerereien stehen in Unterhandlung. Bei dieser Gelegenheit bespricht Kollege Wittig eine Angelegenheit, die Maschinenmeister betreffend, die in voriger Nummer schon zur Sprache ausgeführt ist. — Kollege Zahns theilt mit, daß der Arbeitsnachweis sich leider wieder sehr bevölkert hat, er hofft aber, daß derselbe in nächster Zeit besser florirt. — Nach einer Pause von 15 Minuten werden 35 Kollegen, nachdem einzelne Kollegen, die wiederholt Ausgenommen, ermahnt hatten, mit den üblichen Worten aufgenommen. — Hier-nach hält Kollege Gleich ein Referat über: Die Abschaffung der Extraunterstützung. Er führt ungefähr aus, daß innerhalb vier Monate in diesem Jahr schon beinahe soviel Extraunterstützung gezahlt worden ist, als im ganzen vorigen Jahr. An der Hand von Beispielen weist er nach, daß oftmals Unterstützung ausgezahlt worden sei an Kollegen, bei denen sich, trotz Nachprüfung, später herausstellte, daß sie es nicht so bedürftig waren und sich noch verschiedene Extrazugaben erlaubten. Man ging sogar so weit, daß wenn der Vorstand ein derartiges Gesuch ablehnte, man an die Versammlung herantrat und diese bewilligte, ohne groß den Vorstand zu hören. Diese man nun in Betracht, daß man sich unbedingt auf eine schlechtere Gesellschaftsunterstützung stützen müsse, daß bei der Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung unsere Klasse ganz gehörig in Anspruch genommen wird, des Weiteren, daß eine Kampforganisation, die wir immer sein wollen, vor allen Dingen auch die Mittel zu einem Kampf haben muß, so verbietet sich schon von selbst ein zu ausgedehntes Unterstützungswesen. Unsere jetzigen Mittel reichen nicht mal dazu aus, nur die ev. ausständigen Kollegen einer großen Drucker über Wasser zu halten, geschweige denn mehrere. Redner empfiehlt so-

dann die Extra-Unterstützungen ganz fallen zu lassen. — An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich die Kollegen Köhnick, Lohdal, Zahns, Kuhfeld, Arrmerding, Keintz, Wahlz, Luebel II und Wittig, theils für, theils gegen Abschaffung. — Kollege Zahns beantragt vom 1. October er. ab 10 Pf. pro Monat und Mitglied zu erheben, um so einen Streifendienst zu gründen, die Extra-Unterstützung aber bestehen zu lassen. Kollege Wahlz beantragt, die Beiträge pro Woche um 5 Pf. zu erhöhen, um so Geld für Extra-Unterstützungen und Streifendienst zu haben. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, in welchem derselbe die Abschaffung der Extra-Unterstützung beantragt, wird abgestimmt und der Antrag des Referenten angenommen. Die anderen beiden Anträge konnten nicht abgestimmt werden, da eine Beitrags-erhöhung nicht auf der Tagesordnung stand, sollen aber auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gestellt werden. — Unter Verschiedenem theilt Kollege Wittig mit, daß Kollegin Thiede gesungen ist, ihr Amt als Central-Vorsitzende, wegen Uebernahme eines Geschäfts, niederzulegen, in Vorschlag als Nachfolger sei seine Bereitwilligkeit geäußert worden. Auch Kollege Schulze könne das Kassireramt nicht mehr behalten, seiner aufregeren Arbeitszeit wegen, als dessen Nachfolger sei Kollege Lohdal vorgeschlagen, an dessen Stelle Kollegin Thiede den zweiten Posten übernehmen wird. Die Vorschläge werden seitens der Versammlung anerkannt. — Der weitere Punkt unter Verschiedenem: Bei welchem Lebensverdienst können Arbeitslose Unterstützung beziehen? wird auf Antrag Bloth zur nächsten Versammlung verlegt. — Nachdem Kollege Zahns den Vorstand noch darauf hingewiesen, daß die Kollegen einen Tarif verlangen, wird die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband um 5 Uhr 20 Minuten geschlossen. B.

**Nürnberg.** Am 17. September fand im Saale des Restaurants Martin Behaim eine ziemlich gut besuchte allgemeine öffentliche Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Buch- und Stein-druckerereien mit folgender Tagesordnung: 1. Warum müssen sich die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Buch- und Stein-druckerereien organisieren? Referentin: Verbandsvorsitzende Frau Paula Thiede aus Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In ihrem mit großem Beifall aufgenommenen Referat schildert die Rednerin die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, dabei vor Augen führend, daß die Frau dem Manne immer mehr Konkurrenz macht, wodurch sie die Unfähigkeit der Gehilfen der Männer vermehrt und deren Lohn bedeutend brüde. Die Frauen müßten einsehen, daß sie ein Recht hätten, mindestens ebenso behandelt und annehmend denselben Preis für ihre ver-tauschte Arbeitskraft zu erhalten wie die Männer. Aber der Einzelne sei zu schwach im wirtschaftlichen Kampfe, nur eine gute, straffe Organisation sei im Stande, hier Remedur zu schaffen. Einer Aufforderung an die Anwesenden, auch in Nürnberg handbrechend vorzugehen, schließt sofort 23 Personen Folge und legen somit den Grundstein für eine Zahlstelle Nürnberg. Die Bedingungen sind: 50 Pf. Einsitzbeitrag, 15 Pf. Beitrag pro Woche. Kollegen und Kolleginnen! Kauft Euch auf, legt Euren Gleichmut ab und werdet sammt und sonders Mitglieder der neugegründeten Zahlstelle.

**Mein.** Die Verbesserung wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse war das Thema der am 17. September im Brauhaus zum Gutenberg stattgefundenen allgemeinen Versammlung, deren Besuch noch sehr zu wünschen übrig lieh. Das Referat hatte unsere, anlässlich der hier tagenden Frauen-Konferenz anwesende Verbandsvorsitzende Frau Thiede in dankens-würdiger Weise übernommen und entlegte sich ihrer Aufgabe in klaren überzeugenden Worten. An der Hand verschiedener Beispiele verstand es die Referentin vortrefflich, nachzuweisen, daß es mit den jetzt gezahlten Löhnen unmöglich sei, sich ordentlich zu ernähren und zu kleiden und sei eine Änderung hier sehr am Platze. Wo aber Verbesserungen erreicht sind, da sind diese lediglich der Organisation zu verdanken, nur müssen auch alle Kollegen und Kolleginnen derselben angehören. An der sich anschließenden Diskussion über die örtlichen Verhältnisse beteiligten sich außer einigen Kollegen auch von den anwesenden Delegierten Frauen Bogel-Charlottenburg und Frau Braun-Rönigsberg und wurde allgemein der Beitritt zur Organisation als notwendig empfohlen, denn nur durch Zusammenhaken sind wir in der Lage, bessere Bedingungen zu erringen. In ihrem Schlußwort führte Frau Thiede noch an, daß das beste Mittel die Agitation von Mund zu Mund sei, und ersucht die Anwesenden, eifrig fortzuführen im Gewinnen neuer Mitglieder, so daß sie bei einer späteren Wieder-kehr mindestens die dreifache Anzahl Mitglieder zu finden wünscht. Es fanden auch einige Neuanmeldungen statt und wurde hierauf die Versammlung geschlossen. (Hoffen wir, daß der Wunsch der Frau Thiede bald in Erfüllung geht, und die Herren Buch- und Stein-drucker, die ja am besten in der Lage sind, für uns zu agitieren, ihr Bestes darinnen zu leisten versuchen.) — m. —

(Fortsetzung im Hauptblatt.)